



Sozialdemokratische Partei
Pratteln

3262

Pratteln, 13. Dezember 2020

Motion: „Transparente Politik-Finanzierung“

Obwohl das öffentliche Interesse an Fragen der Politikfinanzierung stark zugenommen hat und die mangelnde Transparenz von Organisationen wie *Transparency International* und auch der GRECO (Staatengruppe gegen Korruption) mehrfach kritisiert wurde, ist auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene lange nichts geschehen.

Das Bedürfnis der Bevölkerung nach mehr Transparenz in der Politikfinanzierung, dürfen wir unserer Ansicht nach auch in Pratteln nicht weiter ignorieren. In einer Demokratie haben die Bürger*innen das Recht zu wissen, welche Interessen hinter Wahl- oder Abstimmungskampagnen stehen. Eine transparente Politikfinanzierung stärkt die Demokratie und erhöht die Glaubwürdigkeit von Parteien, Politikerinnen und Politikern und unseren demokratischen Institutionen. Transparenz schafft Vertrauen und Vertrauen ist für eine lebendige Demokratie unentbehrlich.

Der Gemeinderat wird daher aufgefordert, ein **Reglement für transparente Politikfinanzierung** vorzuschlagen. Das Reglement soll mindestens folgende Aspekte umfassen:

- Gesetzliche Grundlage für eine **Offenlegungspflicht für alle finanziellen Beiträge** und alle geldwerten Leistungen an politische Parteien, Kampagnenkomitees, persönliche Wahlkomitees und sonstige Organisationen, die sich an kommunalen Abstimmungs- und Wahlkämpfen beteiligen. Zu den finanziellen Beiträgen zählen insbesondere Spenden und sonstige Zuwendungen.
- Für die pro Abstimmung/Wahl und pro Jahr summierten finanziellen Zuwendungen von juristischen Personen sowie von natürlichen Personen werden **Schwellen** formuliert, ab welchen die Offenlegungspflicht gilt. Die Annahme von anonymen Spenden ist verboten.
- **Zeitraum und Frist** für die Offenlegungspflicht vor dem jeweiligen Urnengang.
- Zweckmässige und möglichst unbürokratische **Regelungen zur Überprüfung** der Offenlegungspflicht.
- **Regelung zur Sanktionierung von Verletzungen** der Offenlegungspflicht.

Die vom GR vorzuschlagende Schwelle soll verhindern, dass Klein- und Kleinstbeträge offengelegt werden, da dies ein unnötiger Aufwand wäre und da diese Beträge für die Problematik der potentiellen Beeinflussung irrelevant sind.

Für die SP-Fraktion

Mauro Pavan